



SJWZ

stiftung
juristische
weiterbildung
zürich

14. Juni 2022

Update SchKG

Tagungsleitung: Daniel Hunkeler

Postfach 3334 | 8034 Zürich
Telefon 043 541 17 17 | Fax 043 541 17 74

sjwz@sjwz.ch | www.sjwz.ch

Inhalt Tagungsunterlagen

Teil 1: Informationen

Programm / Referierende / Informationen über SJWZ

Teil 2: Unterlagen Daniel Hunkeler

Einleitung

Teil 3: Unterlagen Thomas Engler

Neuere Entscheide des Obergerichts des Kantons Zürich (und des Bundesgerichts) zur Zwangsvollstreckung

Teil 4: Unterlagen Marco Levante

Entscheide der SchKG-Aufsichtsbehörden – Beachtenswertes zur Anfechtung vor Bundesgericht

Teil 5: Unterlagen Eva Bachofner

Insolvente Mieter:innen: Besondere Rechts-Instrumente für die Vermieterin- und Abwehrmöglichkeiten des Mieters Verbotsrechte und Rechtsdurchsetzung

Teil 6: Unterlagen Franco Lorandi

Potpurri ausgewählter praktischer Fragen zum Zwangsvollstreckungsrecht

Programm

- 13:30 Begrüssung und Einleitung
- 13:45 Neuere Entscheide des Obergerichts des Kantons Zürich (und des Bundesgerichts) zur Zwangsvollstreckung
- 14:35 Entscheide der SchKG-Aufsichtsbehörden – Beachtenswertes zur Anfechtung vor Bundesgericht
- 15:25 Kaffeepause
- 15:55 Insolvente Mieter:innen: Besondere Rechts-Instrumente für die Vermieterin- und Abwehrmöglichkeiten des Mieters
- 16:45 Potpurri ausgewählter praktischer Fragen zum Zwangsvollstreckungsrecht
- 17:35 Abschliessende Frage- und Diskussionsrunde
- 17:50 Ende der Veranstaltung / Apéro

Tagungsleitung

Daniel Hunkeler

Dr. iur. LL.M., Rechtsanwalt, Partner BAUR HÜRLIMANN AG,
Zürich

Referierende

Eva Bachofner

Dr. iur., Advokatin, Gerichtspräsidentin am Zivilgericht Basel-
Stadt

Thomas Engler

lic. iur., Leitender Gerichtsschreiber und Ersatzrichter am
Obergericht des Kantons Zürich, II. Zivilkammer

Marco Levante

Dr. iur., Gerichtsschreiber und wissenschaftlicher Berater am
Schweizerischen Bundesgericht, II. zivilrechtliche Abteilung

Franco Lorandi

Prof. Dr. iur., LL.M., Rechtsanwalt, Professor an der HSG St.
Gallen

Wer wir sind. Zweck und Ziele.

Die Stiftung juristische Weiterbildung Zürich führt durch ausgewiesene Referentinnen und Referenten aktuelle und praxisnahe Weiterbildungsveranstaltungen durch. Diese Veranstaltungen richten sich an Juristinnen und Juristen in Gerichten, Anwaltschaft, Verwaltungen und Unternehmen.

Die vor über dreissig Jahren durch den Kanton (Gerichte und rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität), den Zürcherischen Juristenverein und den Zürcher Anwaltsverband gegründete Stiftung hat neben der Weiterbildung den Erfahrungsaustausch von Dozentinnen und Dozenten sowie von Praktikerinnen und Praktikern zum Zweck.

Der Stiftungsrat setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Gerichte, der Universität, der Anwaltschaft, des Zürcher Juristenvereins sowie der Verwaltung und der Wirtschaft zusammen und ist für die Gestaltung des Jahresprogrammes der Veranstaltungen verantwortlich. Ihr gegenwärtiger Präsident ist RA Dr. iur. Markus Vischer, LL.M.

Unterlagen Referierende

Teil 2: Unterlagen Daniel Hunkeler

Einleitung

Teil 3: Unterlagen Thomas Engler

Neuere Entscheide des Obergerichts des Kantons Zürich (und des Bundesgerichts) zur Zwangsvollstreckung

Teil 4: Unterlagen Marco Levante

Entscheide der SchKG-Aufsichtsbehörden – Beachtenswertes zur Anfechtung vor Bundesgericht

Teil 5: Unterlagen Eva Bachofner

Insolvente Mieter:innen: Besondere Rechts-Instrumente für die Vermieterin- und Abwehrmöglichkeiten des Mieters Verbotsrechte und Rechtsdurchsetzung

Teil 6: Unterlagen Franco Lorandi

Potpurri ausgewählter praktischer Fragen zum Zwangsvollstreckungsrecht

Unterlagen Referierende

Teil 2: Unterlagen Daniel Hunkeler

Einleitung

Teil 3: Unterlagen Thomas Engler

Neuere Entscheide des Obergerichts des Kantons Zürich (und des Bundesgerichts) zur Zwangsvollstreckung

Teil 4: Unterlagen Marco Levante

Entscheide der SchKG-Aufsichtsbehörden – Beachtenswertes zur Anfechtung vor Bundesgericht

Teil 5: Unterlagen Eva Bachofner

Insolvente Mieter:innen: Besondere Rechts-Instrumente für die Vermieterin- und Abwehrmöglichkeiten des Mieters Verbotsrechte und Rechtsdurchsetzung

Teil 6: Unterlagen Franco Lorandi

Potpurri ausgewählter praktischer Fragen zum Zwangsvollstreckungsrecht

Neuere Entscheide des Obergerichts des Kantons Zürich und des Bundesgerichts zur Zwangsvollstreckung

Referent
Thomas Engler

1

www.sjwz.ch

1

Inhaltsübersicht

- Gesuch um Beschränkung d. Einsicht in Betreibungsregister (Art. 8a Abs. 3 lit. d SchKG)
- Beschwerde nach Art. 17 ff. SchKG
- Wiederherstellung von Fristen
- Betreibungsort der unverteilt Erbschaft (Art. 49 SchKG)
- Fristenlauf in Betreibungs- und Gerichtsferien / Rechtsstillstand
- Zustellung von Betreibungsurkunden (Art. 64 Abs. 1 SchKG)
- Stille Betreibung (Art. 67 SchKG)
- Beseitigung des Rechtsvorschlags (Art. 79 ff. SchKG)
- Negative Feststellungsklage (Art. 85a SchKG)
- Kollokationsklage im Pfändungsverfahren (Art. 146, 148 SchKG)
- Besonderheiten bei der Pfändung eines Inhaber- bzw. Eigentümerschuldbriefes (Art. 156 Abs. 2 SchKG)
- Konkursöffnung und Widerruf (Art. 171 ff., Art. 195 SchKG)
- Konkursverfahren
- Arrest (Art. 271 ff. SchKG)
- Provisorische Nachlassstundung (Art. 294 ff. SchKG)

2

www.sjwz.ch

2

Vorbemerkungen

- Persönliche Meinung des Referenten.
- Nachfolgend angegebene Geschäftsnummern bezeichnen Entscheide des **Bundesgerichts** (BGer bzw. BGE) und des **Zürcher Obergerichts** (OGer ZH). Die Zürcher Entscheide sind (allenfalls nach einer gewissen Wartefrist) abrufbar unter:
- **www.gerichte-zh.ch/entscheide/entscheide-suchen.html**
- Die Entscheide sind rechtskräftig, es sei denn, es wird etwas anderes angegeben.

3

Schutz vor ungerechtfertigten Betreibungsregistereinträgen: Gesuch nach Art. 8a Abs. 3 lit. d SchKG

- Neuer Rechtsbehelf seit 1. Januar 2019: Stärkung der Rechte von zu Unrecht betriebenen Schuldner; insb.: Schutz vor ungerechtfertigten Betreibungsregistereinträgen.
- Bisheriges Recht: Beschränkter Schutz.
- Neuer Art. 8a Abs. 3 lit. d SchKG:

"Die Ämter geben Dritten von einer Betreibung keine Kenntnis, wenn der Schuldner nach Ablauf einer Frist von drei Monaten seit der Zustellung des Zahlungsbefehls ein entsprechendes Gesuch gestellt hat, sofern der Gläubiger nach Ablauf einer vom Betreibungsamt angesetzten Frist von 20 Tagen den Nachweis nicht erbringt, dass rechtzeitig ein Verfahren zur Beseitigung des Rechtsvorschlags eingeleitet wurde; wird dieser Nachweis nachträglich erbracht oder wird die Betreibung fortgesetzt, wird sie Dritten wieder zur Kenntnis gebracht."

4

Schutz vor ungerechtfertigten Betreibungsregistereinträgen: Gesuch nach Art. 8a Abs. 3 lit. d SchKG (2)

- Nachweis Einleitung Verfahren zur Beseitigung des RV:
 - ➡ **Gläubiger darf nicht untätig bleiben**; Ausgang irrelevant; keine weitere "Prosequierungslast": PS190085 v. 6. August 2019 = ZR 2020 Nr. 42 Fall 1; BGE 147 III 41.
 - Aber: Schlichtungsbegehren, das mit Vorbehalt der Wiedereinbringung zurückgezogen wird und innert 3 Monaten nicht wieder eingereicht wird, genügt nicht: BISchK 2021 S. 295 ff. (ausn. kein ZH-Entscheid, sondern SG).
- Nur bis zum **Ablauf der Jahresfrist** von Art. 88 Abs. 2 SchKG möglich: PS200182 v. 28. Oktober 2020; BGE 147 III 544.

5

Schutz vor ungerechtfertigten Betreibungsregistereinträgen: Gesuch nach Art. 8a Abs. 3 lit. d SchKG (3)

- Nicht mehr, wenn Betr.-forderung (nach Betreibungsanhebung) **getilgt** wurde:
Kein "Reinwaschen" des Betreibungsregisters: PS200161 v. 19. August 2020 = ZR 2020 Nr. 42 Fall 2; BGE 147 III 486.
- Klage des Gläubigers über **Teilbetrag** mit Nachlagevorbehalt genügt als "Tätigwerden": PS210234 v. 28. März 2022:
 - Bei Teilrückzug würde die Forderung im Betr.-Register reduziert.
 - Nachlagevorbehalt: Annahme eines sinngemässen Teilrückzugs nicht möglich.
 - Betreibungsforderung nicht tangiert - Betreibungsregister erlaubt nach geltendem Recht keinen Eintrag mit einem Hinweis, dass es sich beim eingetragenen Betrag nur um einen Teilbetrag handle.
 - Eintrag bleibt daher sichtbar.

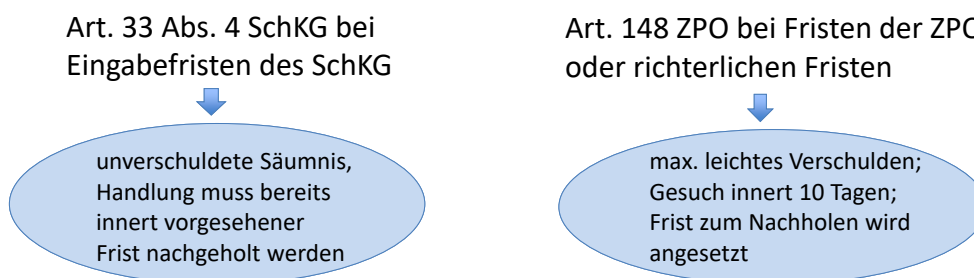
6

Beschwerde nach Art. 17 ff. SchKG

- Beschwerdelegitimation des **Gläubigerausschusses (Art. 237 Abs. 3 SchKG)** bei verweigerter **Akteneinsicht** durch ausseramtliche Konkursverwaltung: PS210099 v. 26. August 2021 = ZR 2022 Nr. 2 (*Beschwerde vor BGer hängig*):
 - ➔ **Kollegialitätsprinzip**; d.h. Ausschuss als Kollegium oder ein Mitglied gestützt auf eine Delegation muss Beschwerde führen.
 - Ältere BGer-Praxis macht eine Ausnahme bei Ausschluss des Mitglieds von der Beschlussfassung: dieses Mitglied ist gerade zum Schutz des Kollegialprinzips alleine zur Beschwerde gegen den Beschluss legitimiert.
 - Beschwerde betreffend Akteneinsicht: Ausnahme nicht einschlägig; Kollegialitätsprinzip gilt unabhängig davon, ob die Einsicht nur einen Mitglied oder dem Ausschuss als Ganzes verweigert wird.
 - Gläubigerausschuss (Kollegium) entscheidet auch über **Ausstandsbegehren** gegenüber einzelner Mitglieder (Art. 10 SchKG).

7


Wiederherstellung von Fristen



- Illustration:
 - Frist zur Leistung **Kostenvorschuss** in Verfahren nach Art. 265a Abs. 1 SchKG: Wiederherstellung nach ZPO: PS170090 v. 18. Mai 2017.
 - Frist zum **Weiterzug** der gerichtlichen Konkurseröffnung: Wiederherstellung nach SchKG (Frist d. SchKG: vgl. Art. 174 SchKG): PS200239 v. 22. Dezember 2020.



8

Betreibungsort der unverteilt Erbschaft (Art. 49 SchKG)

- PS220002 v. 20. Januar 2022: **Arrest gegen die unverteilte Erbschaft** nach Art. 49 SchKG?
 - Art. 49 SchKG: Zuständigkeitsvorschrift und Bedingung für Betreuungsfähigkeit der unverteilt Erbschaft, die nur dann gegeben ist, wenn der Erblasser in der Schweiz **betrieben** werden konnte.
 - Arrest gegen unverteilt Erbschaft, der eine solche Betreuung sichern soll, steht unter derselben Voraussetzung: bedingt Betreuungsort des Erblassers in der Schweiz **bereits im Todeszeitpunkt** (Art. 52 SchKG daher nur wenn Arrest im Todeszeitpunkt bereits gelegt war).
 - *Entscheidung wurde an BGer weitergezogen.*
- BGE 146 III 106: Betreuung gegen die unverteilt Erbschaft bei WV:
 Auch dann nach Art. 49 SchKG (nicht am Wohnsitz des WV).


9

Fristenlauf in Betreibungs- und Gerichtsferien / Rechtsstillstand

- NE200006 v. 16. November 2020 = ZR 2021 Nr. 11 zu einer **Kollokationsklage**:
 - Frist von 20 Tagen nach Art. 250 SchKG lief ab dem 28.11.19; Klage wurde am 6.1.20 eingereicht.
 - Erste Instanz: Nichteintreten wegen Verspätung, da weder Gerichts- noch Betreibungsferien gelten.
 - OGer: Art. 63 SchKG gilt nicht, weil die Frist nicht durch eine **Betreibungshandlung** ausgelöst wurde (was BGer-Praxis verlangt) und die Bestimmung **nach Konkurs-eröffnung** (nach BGer-Praxis) ohnehin nicht mehr gilt.
 - SchKG bestimmt für den konkreten Fall nichts anderes:  Vorbehalt gem. Art. 145 Abs. 4 ZPO greift nicht:  Gerichtsferien gelten.
 - Weiterzug: Nichteintreten (BGer 5A_1056/2020 v. 14. Juni 2021).

10

Fristenlauf in Betreibungs- und Gerichtsferien / Rechtsstillstand (2)

- **Kritik** zu diesem Entscheid:
 - Entscheid im Einklang mit der BGer-Rechtsprechung, aber **unbefriedigend**: für den Ablauf verschiedener im SchKG statuerter Klagefristen (bei gleicher Verfahrensart) gelten **teils die Gerichtsferien** (Kollokationsklage) und **teils Art. 63 SchKG** (z.B. Aberkennungs- und Arrestprosequierungsklage; vgl. BGE 143 III 38 (= Pra 107 [2018] Nr. 6) und BGE 143 III 149 (= Pra 107 [2018] Nr. 29).
 - Bekannte Kritik am Erfordernis einer Betreibungshandlung für die Anwendung von Art. 63 SchKG.
 - Begründung, weshalb Art. 63 SchKG nach Konkurseröffnung nicht mehr gelten soll (vgl. BGE 114 III 60 und dort zitierte Entscheide), basiert auf einem **veralteten Gesetzeswortlaut** und ist nicht mehr stimmig.
 - Fehlender Schutzbedarf i.S.d SchKG hat stärkeren Schutz zur Folge?
-  Anwendung von Art. 63 SchKG auf alle Fristen des SchKG wäre stimmig.

11

Fristenlauf in Betreibungs- und Gerichtsferien / Rechtsstillstand (3)

- Anwendung von Art. 63 SchKG oder der Gerichtsferien der ZPO auf die **Frist nach Art. 315 Abs. 1 SchKG?**
 - Art. 63 SchKG gilt im **Nachlassverfahren** nicht - keine Betreibungshandlung; Gerichtsferien gelten (trotz Art. 145 Abs. 2 ZPO), weil die Frist auf ein Verfahren im ord./ver. Verfahren "abzielt" (vgl. Bernheim/Geiger, ZZZ 2021 S. 663 ff., insb. S. 667 f., zu einem nicht publ. Entscheid des Nachlassgerichts des BG Zürich v. 28. Mai 2020).
 - Begründung nicht zwingend - sich darauf zu verlassen, ist riskant.
- Rechtsöffnung und Konkurseröffnung sind **Betreibungshandlungen**. Die Beschwerdefristen unterliegen daher Art. 63 SchKG: PS210131 v. 11. August 2021, RT210139 v. 30. November 2021 (nur bei erstinstanzlicher Gutheissung, da sonst keine Betreibungshandlung?).
- BGE 148 III 46: Mitteilung des **Lastenverzeichnisses** (Art. 140 Abs. 2 Satz 1 SchKG; Art. 37 VZG) ist eine Betreibungshandlung; Mitteilung während Covid-19-bedingten Rechtsstillstands ist **nichtig**.

12

Zustellung von Betreuungsurkunden (Art. 64 Abs. 1 SchKG)

- PS190132 v. 12. September 2019 zur Zustellung an **Reinigungskraft** im Privathaushalt?
 - Ersatzzustellung an **Angestellte** (Art. 64 Abs. 1 SchKG)?
 - Angestellte: untergeordnete Hilfsperson, die bei der **Berufsausübung** des Schuldners / der Schuldnerin mitwirkt (BGE 72 III 78).
 - Reinigungskraft im privaten Haushalt wirkt nicht bei der **Berufsausübung** mit.
 - Konkretes Vertragsverhältnis daher irrelevant - keine Ersatzzustellung.
- ➔ Die Kritik im Schrifttum am erw. BGE verkennt: Anders als bei den Personen gemäss Art. 64 SchKG kann bei Hausangestellten nicht davon ausgegangen werden, Entgegennahme von Sendungen gehöre zum **Aufgabenbereich** und Weiterleitung erfolge **tatsächlich unverzüglich**.

13

Stille Betreuung (Art. 67 SchKG)

- **Stille Betreuung**: Rückzug gleichzeitig mit Betreibungsbegehren; Zweck Verjährungsunterbrechung (Art. 135 Ziff. 2 OR).
- BGE 144 III 425:
 - Zulässigkeit (materielle Wirkung: Zivilgericht - strittige Frage)
 - Kosten: Art. 16 Abs. 4 GebV SchKG: Fr. 5.00
- PS200147 v. 20. August 2020:
 - Amt darf Kostenvorschuss verlangen.
 - Art. 16 Abs. 4 GebV SchKG: betrifft nur Betreibungsbegehren. Eintrag des Rückzugs: Weitere Fr. 5.00 (Art. 42 GebV SchKG). Zzgl. Schreibgebühren (Bestätigung Rückzug) und Portokosten (Art. 9 Abs. 1, Art. 13 SchKG).

14

Beseitigung des Rechtsvorschlags (Art. 79 ff. SchKG)

- BGE 148 III 30:
 - Anerkennungsklage und Rechtsöffnungsverfahren schliessen sich nicht aus.
 - **Feststellungsurteil** ist nur ausnahmsweise ein Rechtsöffnungstitel (Abw. d. Aberkennungsklage: Zahlungsbefehl ersetzt Leistungsbegehren, Gericht hat Sache materiell geprüft)
 - **Rückzug negativer Feststellungsklage** ist kein definitiver Rechtsöffnungstitel, da anders als beim Aberkennungsurteil keine materielle Prüfung; Rechtsöffnungsgericht ist Abklärung der Tragweite des Rückzugs nicht zuzumuten.
 - Verhältnis Art. 65 ZPO und Art. 241 Abs. 2 ZPO: Offen gelassen.


15

Beseitigung des Rechtsvorschlags (Art. 79 ff. SchKG) (2)

- BGE 147 III 358:
 - Kosten mit **Verlustschein** (Art. 149 SchKG) beendeter Betreuung können nicht nach Art. 68 Abs. 1 SchKG in neuer Betreuung vorab geltend gemacht werden.
 - Verlustschein beinhaltet eine Verfügung über die Betreuungskosten der abgeschlossenen Betreuung und ist dafür ein definitiver Rechtsöffnungstitel.
- **Formstrenge beim definitiven Rechtsöffnungstitel:** Urteilskopie hat dem Original vollständig zu entsprechen.
 - Kopie ohne Unterschrift genügt nicht: RT190071 v. 20. Juni 2019; RT210165 v. 7. September 2021.
 - **Schwärzung** einzelner für Inhalt u. Aussagekraft völlig unerheblicher Stellen (z.B. Ortsnamen, Personennamen) für Anonymisierung schadet nicht; entscheidend ist, dass Authentizität mit absoluter Verlässlichkeit feststeht: RT190183 v. 23. Juli 2020 = ZR 2020 Nr. 53.

16

Beseitigung des Rechtsvorschlags (Art. 79 ff. SchKG) (3)

- Pra 2022 Nr. 32: Besonderheiten der Aberkennungsklage bei **Schiedsabrede**:
 - Schiedsgericht ist **zwingend** zuständig für die Aberkennungsklage.
 - Innert der 20tägigen Frist muss das **individualisierte Rechtsbegehren** gestellt werden - auch wenn erster Schritt im Verfahren nur Konstituierung betrifft.
 - Über die **Rechtzeitigkeit** der Aberkennungsklage entscheidet das Schiedsgericht. Nur in sehr klaren Fällen kann das Amt das vorwegnehmen und die Betreibung bereits fortsetzen.
 - BGer 5A_825/2021 vom 31. März 2022 (zur BGE-Publ. vorgesehen)
 - Keine definitive Rechtsöffnung für **staatliche Inkassogebühren**, wenn diese nicht Gegenstand einer **vollstreckbaren Verfügung** bildeten (selbst wenn die Gebühr **gesetzlich** vorgeschrieben ist).
-  BGer folgt ZR 2016 Nr. 38.


17

Negative Feststellungsklage (Art. 85a SchKG)

- Klage mit Doppelnatur: Betreibungsrechtlich und materiellechtlich
- Bisherige Praxis: Eingeschränkter Schutz ("**Notbehelf**")
- Revision per 1. Januar 2019:
 - ausdrücklich ungeachtet eines allfälligen Rechtsvorschlags - betreibungsrechtlicher Aspekt kann nicht mehr wie bisher im Vordergrund sein.
 - **Feststellungsinteresse bleibt nach ungenutztem Ablauf der Fortsetzungsfrist bestehen**: NP200034 v. 3. Februar 2021, publ. in ZR 2021 Nr. 15; PP210008 v. 21. April 2021; NE200010 v. 25. Mai 2021 (*keiner wurde weitergezogen*).
- Rückzug der Betreibung?


18

Kollokationsklage im Pfändungsverfahren (Art. 146, 148 SchKG)

- Im Pfändungsverfahren nur **negative** Kollokationsklage möglich.
 - **Pfändungsgruppenübergreifende** Kollokationsklage? Nach sehr alter BGE-Praxis nicht möglich - Kritik in der Lehre.
 - NE210011 v. 28. Januar 2022 lehnt Praxisänderung ab:
 - Grundsatz der Spezialexecution wird mit Art. 146 ff. SchKG nur insoweit gemildert, als **innerhalb der Pfändungsgruppe** eine Annäherung an System der Generalexekution erfolgt; Kollokationsplan betrifft nur eine Gruppe und ist unnötig, wenn in dieser alle Gläubiger befriedigt werden.
 - Kollokationsklage steht daher nur zur Verfügung, um die Forderung oder den Rang eines anderen Gläubigers in **derselben** Pfändungsgruppe (Art. 110 Abs. 2 SchKG) zu bestreiten.
-  Stärkerer Schutz späterer Gläubiger würde Gesetzesänderung voraussetzen.

19

Besonderheiten bei der Pfändung eines Inhaber- bzw. Eigentümerschuldbriefes

- Art. 156 Abs. 2 SchKG: Vom Grundeigentümer **zu Faustpfand gegebene** Titel werden bei separater Verwertung auf den Betrag des Erlöses herabgesetzt.
 - Grund nach Materialien: Es wäre stossend, wenn der Faustpfandgläubiger, der den Schuldbrief günstig ersteigert, neben eigener Forderung (an die nur der Erwerbspreis angerechnet wird) in den Genuss der Nominalforderung kommt.
 - Anwendung auch auf gepfändete Inhabertitel?
 - PS190029 v. 26. September 2019: Anwendung analog auch auf **gepfändete** Titel, da gleiche Problematik, und insoweit eine echte **Lücke** vorliegt.
 - Weiterzug: BGE 146 III 426: **Keine analoge Anwendung da keine Lücke** - Verweis auf Gesetzgebungsweg. Bis dahin: Verweis auf Art. 95 Abs. 4^{bis} und Abs. 5 SchKG (Reihenfolge d. Pfändung).
-  Kritisch: Rusch/Zbinden, AJP 2021 S. 279 ff., insb. S. 281.

20

Konkurseröffnung und Weiterzug

- **Konkurshinderungsgrund der Tilgung oder Stundung** (Art. 172 Ziff. 3 SchKG); PS200095 v. 4. August 2020 = ZR 2020 Nr. 30; PS210053 v. 21. April 2021):
 - Muss **nach** Rechtskraft des Zahlungsbefehls erfolgt sein.
 - Ansonsten: Art. 85 f. SchKG
- **Konkurseröffnung ohne vorgängige Betreuung bei unbekanntem Aufenthalt** (Art. 190 Abs. 1 Ziff. 1 SchKG); PS190237 v. 26. Februar 2020 (und zum Beweismass BGE 140 III 610):

Gläubiger muss Gläubigereigenschaft **glaubhaft machen**



Gewisse Elemente sprechen dafür, auch wenn das Gericht noch mit der Möglichkeit des Gegenteils rechnet.

und den materiellen Konkursgrund mit **überwiegender Wahrscheinlichkeit** darlegen.



Für Richtigkeit sprechen objektiv derart gewichtige Gründe, dass andere denkbare Möglichkeiten vernünftigerweise nicht massgeblich in Betracht fallen.

21

Konkurseröffnung und Weiterzug (2)

- Gläubigereigenschaft:
 - **"Corporate design"** im Krankenversicherungskonzern vs. Firmengebrauchspflicht nach Art. 954a OR.
 - OGer lässt im erwähnten PS190237 **Indizien** genügen. Z.B.:
 - Gesellschaft verfügt über die Bewilligung zum Anbieten von Krankenversicherungen und erscheint auf der entsprechenden Liste des BAG.
 - Gesellschaft ist gemäss den AVB Gläubigerin der Prämien.
- Darlegen des unbekanntem Aufenthalts:
 - **Schweigepflicht** nach Art. 33 ATSG beschränkt die Optionen; üblicherweise zumutbare Anfragen via private Dritte (Familie, Vermieter, Nachbarn) sind unzulässig.
 - Möglichkeiten nach Art. 32 ATSG
 - **Einwohnerämter** ausgehend von bekanntem früheren Wohnsitz.
 - **Zentralstellen** der 1. und 2. Säule (www.zas.admin.ch; www.sfbvg.ch).

22

Konkurswiderruf (Art. 195 SchKG)

- **Konkurswiderruf** bei (nur) **sichergestellten** Forderungen (LF210009-10 v. 8. Juni 2021):
 - ➔ fällt nicht von vornherein ausser Betracht - wird zu prüfen sein, wenn Begehren gestellt wird.
 - Wer ist zuständig zum **Entscheid über die Sicherstellung** der strittigen Forderungen bzw. **wo** kann die Schuldnerin diese hinterlegen?
 - urspr. Konkursgericht verweist auf Art. 19 ZPO und erklärt sich für örtlich unzuständig (Umzug); Art. 19 ZPO gilt aber nur bei materiellrechtl. Sicherstellungspflicht.
 - Konkursgericht wird Widerruf zu prüfen haben, wenn Verfahren hängig.
 - **Konkursamt hat strittige Beträge zu verwahren** - es wäre daher zuständig. Urspr. Konkursgericht daher nicht örtlich, aber sachlich unzuständig.
 - Beschwerde abgewiesen.

23

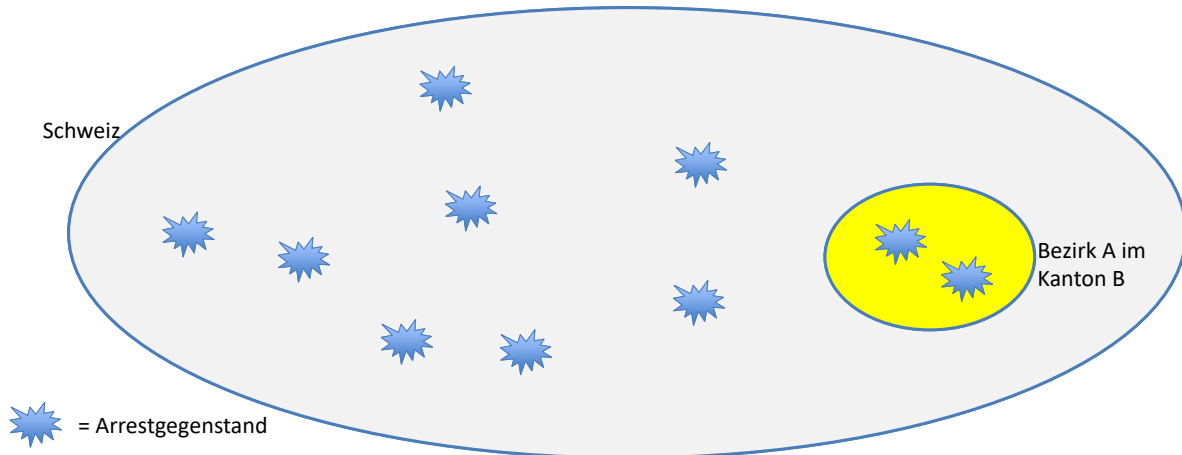
Konkursverfahren

- ZR 2021 Nr. 30, EG BGZ: **Frist Arbeitnehmerprivileg bei Wiedereröffnung nach Einstellung mangels Aktiven** (Art. 219 Abs. 4 lit. a und Abs. 5 SchKG): Datum Wiedereröffnung massgeblich; Fristverlängerung nach Abs. 5: nicht abschliessend.
- ZR 2022 Nr. 25, BG Horgen: Anwendung der Covid-19-Verordnung für Versamml. von Gesellschaften: gilt grunds. auch für **Gläubigerversammlung** (Art. 235 SchKG); Zirkular dennoch nur nach Art. 255a SchKG (virtuelle Durchführung hat Vorrang).
- BGE 146 III 435: Zur **Auskunftspflicht Dritter** nach Art. 222 Abs. 4 SchKG: i.W. deckungsgleich mit auftragsrechtlicher Editionsspflicht dem Schuldner gegenüber nach Art. 400 Abs. 1 OR; ausgenommen ist nur rein Internes (Notizen, Entwürfe).
- BGE 146 III 113: Zulässigkeit der **neg. Kollokationsklage** bei mutmassl. Nulldividende, um Abtretung nach Art. 260 SchKG zu verhindern.
- BGE 146 III 441: **Löschung** der konkursiten AG im HReg hat keinen Einfluss auf Aktivlegitimation der Abtretungsgläubiger nach Art. 260 SchKG.
- BGer 5A_665/2021 v. 28. Januar 2022 (BGE-publ. vorgesehen): **Auflösung einer Gesellschaft bei Organisationsmangel** analog Konkursverfahren; Aktivenüberschuss steht Schuldner zu (Gesellschaft: Organe - sind keine vorhanden: Depositenanstalt; Amt darf nicht nach Berechtigten forschen).

24

Arrest (1)

- Einheitlicher **schweizerischer Vollstreckungsraum** seit Inkrafttreten der ZPO: ein CH-Arrestgericht kann Arrestgut in der ganzen Schweiz verarrestieren.



25

Arrest (2)

- BGer 5A_1000/2020 v. 1. Februar 2022 (BGE-Publ. vorgesehen) zur **Koordination** des schweizweiten Arrests:
 - Vollzug schweizweiter Arrestbefehle ist gesetzlich nicht geregelt (Art. 275 SchKG verweist nur auf Art. 91-109 SchKG, aber nicht auf Art. 89 SchKG).
 - Gesetzgeberisches Versehen, planwidrige Unvollständigkeit: Schweizweiter Vollstreckungsraum setzt effektiven Vollzug voraus.
 - Ein Arrestgericht darf für den Arrest auf Vermögenswerten im Zuständigkeitsbereich verschiedener Betreibungsämter ein **Lead-Betriebsamt** mit dem rechtshilfeweisen Arrestvollzug beauftragen (Art. 89 SchKG analog).
 - Bedingt präzise **Auflistung** der zu verarrestierenden Vermögenswerte und **Bezeichnung** der Betreibungsämter, welchen der Arrestbefehl rechtshilfeweise zugestellt werden soll.

26

Arrest (3)

- PS200252 v. 2. März 2021:
 - Beschränkte **res judicata-Wirkung** eines erfolglosen Arrestbegehrens: Zulässigkeit eines zweiten Arrestbegehrens, wenn Begründung ergänzt wird.
 - **Binnenbezug beim Ausländerarrest** ist nicht zu streng zu verstehen: Verlangt keinen IPR-Anknüpfungspunkt; Verbringen von Vermögenswerten in die Schweiz, mit Absicht, Gläubigern den Zugriff in ungerechtfertigter Weise zu erschweren, genügt.
 - Arrestgegenstand: aufgrund Dringlichkeit im Arrestverfahren wird **direkt Schweizer Durchgriffsrecht** angewendet.
- PS200009 v. 10. Februar 2020: **Kein genügender Binnenbezug** bei Honorarforderung einer ausl. Anwaltskanzlei gegen eine ausl. Person mit Sitz im Ausland für Führung eines ausl. Verfahrens betr. steuerliche Behandlung von CH-Bankkonto.



Vermögen in CH alleine genügt nicht.

27

Arrest (4)

- PS210039 v. 7. April 2021 zum **Glaubhaftmachen der Arrestforderung** (Art. 272 Abs. 1 Ziff. 1 SchKG):
 - "**Gewisse objektive Anhaltspunkte**", die den Schluss zulassen, die relevanten tatsächlichen Verhältnisse hätten sich verwirklicht - Tatsache muss wahrscheinlicher sein als ihr Gegenteil.
 - Beweismittel: nur sofort verfügbare Urkunden.
 - Ausländische "**eidesstattliche Versicherung**" des Gläubigers über Tatsachen, die der geltend gemachten Forderung zugrunde liegen, stellt eine blosse Parteibehauptung dar, selbst wenn die Unrichtigkeit im Ausland erhebliche strafrechtliche Folgen hat.
 - Forderung nicht glaubhaft.
 - Arrestgrund nicht geprüft.

28

Arrest (5)

- 2 Entscheide zum **Verfahren der Arresteinsprache**:
 - Einsprache kann **unbegründet** erhoben werden - dann ist Frist zur Begründung anzusetzen; dies gilt stets, und nicht nur dann, wenn die Schuldnerin die Akten vor Fristablauf noch nicht einsehen konnte; Arrestverfahren und Einspracheverfahren sind zusammen **ein** summarisches Verfahren nach ZPO: PS200041 v. 18. Juni 2020, E. 4.4 ff. = ZR 2020 Nr. 31.
 - Im summarischen Verfahren tritt der **Aktenschluss** grundsätzlich nach je einem Vortrag ein - in der Stellungnahme zur Arresteinsprache (Art. 278 Abs. 2 SchKG) sind Noven daher nur beschränkt zulässig; vorbehalten ist die explizite Anordnung eines **zweiten Schriftenwechsels**: PS210027 v. 25. Februar 2021 (*Entscheid vor Bundesgericht angefochten*).

29

Arrest (6)

- **Beschwerde der Drittschuldnerin gegen die Arrestnotifikation**: PS200123 v. 20. August 2020 = ZR 2020 Nr. 34 (*Beschwerde an BGer zurückgezogen: BGer 5A_711/2020 v. 1. September 2021*).
 - Legitimation der Drittschuldnerin (Bank).
 - Beschränkte Kognition des Betreibungsamts und der AB; insb.: hinreichend genaue Bezeichnung der Arrestgegenstände im Arrestbefehl:
 - Zulässiger Gattungsarrest: "*Sämtliche Vermögenswerte bei Bank X, an welchen der Schuldner nach interner Dokumentation der Bank **wirtschaftlich berechtigt ist.***"
 - **Nichtig** dagegen: "*Sämtliche bei Bank X gehaltenen Vermögenswerte, ob im eigenen Namen oder treuhänderisch, bei welchen Z (eine Drittperson) **als wirtschaftlich berechtigt bezeichnet ist, die aber in Wirklichkeit dem Schuldner gehören***" (verlangt von der Bank weitgehende Abklärungen; entspricht aber im Kanton Genf offenbar der Praxis).

30

Nachlassverfahren (Art. 294 ff. SchKG)

- BGE 147 III 226:
 - Ermächtigungsentscheid des Nachlassgerichts nach Art. 298 Abs. 2 SchKG zur Veräusserung von Anlagevermögen vor Bestätigung des Nachlassvertrags : **nicht anfechtbar**.
 - Konkursöffnung nach Art. 294 Abs. 3 SchKG erfolgt per Datum des Entscheids (auch wenn erst in Beschwerde gegen definitiven Stundungsentscheid: keine rückwirkende Konkursöffnung).
- ZR 2022 Nr. 3 (Nachlassgericht BG Horgen): Kriterien der **Ermessensausübung** beim Ermächtigungsentscheid des Nachlassgerichts nach Art. 298 Abs. 2 SchKG.
- ZR 2020 Nr. 25: Das Konkursgericht Zürich lässt während der **provisorischen Nachlassstundung** über Art. 294 SchKG hinaus auch einen **Konkursaufschub** nach Art. 725a OR zu (gesetzgeberisches Versehen beim Erlass des neuen Sanierungsrechts: Konkursaufschub sollte nach Entwurf aus OR gestrichen werden, wurde aber beibehalten ohne Anpassung der diesbez. neuen SchKG-Bestimmungen).

31



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Thomas Engler

32

www.sjwz.ch

32

Unterlagen Referierende

Teil 2: Unterlagen Daniel Hunkeler

Einleitung

Teil 3: Unterlagen Thomas Engler

Neuere Entscheide des Obergerichts des Kantons Zürich (und des Bundesgerichts) zur Zwangsvollstreckung

Teil 4: Unterlagen Marco Levante

Entscheide der SchKG-Aufsichtsbehörden – Beachtenswertes zur Anfechtung vor Bundesgericht

Teil 5: Unterlagen Eva Bachofner

Insolvente Mieter:innen: Besondere Rechts-Instrumente für die Vermieterin- und Abwehrmöglichkeiten des Mieters Verbotsrechte und Rechtsdurchsetzung

Teil 6: Unterlagen Franco Lorandi

Potpurri ausgewählter praktischer Fragen zum Zwangsvollstreckungsrecht

Beschwerde und Aufsicht in SchKG-Sachen

Seit 1.1.2007:

- Art. 72 Abs. 2 lit. a BGG (Beschwerde in Zivilsachen)
- Rev. Art. 15 SchKG (Oberaufsicht Bundesrat)

3

www.sjwz.ch

3

Entscheide der Aufsichtsbehörden - Anfechtung

- Anfechtungsgegenstand
- Legitimation
- Verfahrensfragen
 - Grundsätze, Ermessensfragen, Kantonales Recht
- Aufschiebende Wirkung
- Prozesskosten

4

www.sjwz.ch

4

Anfechtungsgegenstand (I)

- Verfügung (Art. 17 SchKG), d.h. jede auf den Fortgang gerichtete Handlung eines Betreibungs- oder Konkursorganes mit Aussenwirkung (BGE 143 III 643 E. 3.1)
- Entscheid über Verfügung (Art. 17 SchKG) ist Endentscheid (Art. 90 BGG; BGE 133 III 350 E. 1.2)
- Zugewiesene Entscheide (Art. 132, Art. 173 Abs. 2 SchKG)
- Ebenso: Eingreifende Anordnungen (Art. 13 SchKG) oder Feststellungen der Nichtigkeit (Art. 22 SchKG)

5

www.sjwz.ch

5

Anfechtungsgegenstand (II)

- Indirekte Ausweitung der Anfechtungsobjekte (Art. 18 SchKG) durch das BGG
- Selbständig eröffnete Vor- und Zwischenentscheide
- über Zuständigkeit und Ausstand (Art. 92 BGG)
 - Örtliche und funktionale Zuständigkeit des Betreibungsamtes (schweizweiter Arrestvollzug, BGer 5A_1000/2020 E. 1.2) (verbundene Zuständigkeit, Art. 4a SchKG)
- über Anderes (Art. 93 BGG), insb. aufschiebende Wirkung (Art. 36 SchKG)
 - Bei nicht wiedergutzumachendem Nachteil (BGer 5A_265/2018 E. 3.3.3), bundesrechtliches Minimum

6

www.sjwz.ch

6

Legitimation (I)

- Art. 17 SchKG
 - Schutzwürdiges Interesse (rechtlicher oder zumindest tatsächlicher Natur), BGE 138 III 219 E. 2.3
- Art. 76 Abs. 1 lit. b BGG
 - Entsprechend Art. 17 SchKG, BGE 141 III 580 E. 1.2
 - Andernfalls ist die Legitimation darzulegen, BGE 144 III 247 E. 2
- Ohne schutzwürdiges Interesse kein Rechtsmittel vor BGer
 - Nur Beschwerdeberechtigte können Nichtigkeitsgründe geltend machen, BGE 135 III 46 E. 4.2, BGer 5A_885/2018 E. 1.3

7

www.sjwz.ch

7

Legitimation (II)

- Begrenztes Beschwerderecht der Zwangsvollstreckungsorgane
 - Gebühren (Art. 2 GebV SchKG), Disziplinarsachen (BGer 5A_112/2009), fiskalische Interessen des Kantons (BGE 140 III 644 E. 3.1)
 - Wahrnehmung der Interessen der Gläubigergesamtheit (BGE 141 III 580 E. 1.2.2)
 - Nicht zur Durchsetzung des eigenen Rechtstandpunktes (BGE 141 III 587 E. 2.1; Konkursverwaltung, 5A_639/2020 E. 3.1.3)
- Gleiche Grundsätze vor Bundesgericht (BGE 134 III 138 E. 1.3)
- Bundesbehörden, Art. 76 Abs. 2 BGG
 - Auch im kantonalen Verfahren
 - Im Aufgabenbereich, Art. 15 SchKG; BGE 144 III 353 E. 2
 - Nichtigkeitsfälle, Art. 22 SchKG

8

www.sjwz.ch

8

Beschwerdefrist

- 10 Tage, Verwirkungsfrist, Art. 17 Abs. 2 SchKG; keine Beschwerdeergänzung möglich
- Fristwiederherstellung (Art. 33 Abs. 4 SchKG), falls überhaupt kein Verschulden der Partei (\neq Art. 148 Abs. 1 ZPO), BGer 5A_677/2021
- Kein Fristenstillstand: weder nach ZPO (Art. 145 Abs. 4 ZPO), noch nach kant. Verfahrensrecht, BGer 5A_125/2011 E. 3
- Fristverlängerung gemäss Art. 56/Art. 63 SchKG (BGer 5A_547/2014), nicht bei bloss bestätigendem Entscheid der unteren AB (BGer 5A_166/2013)
- Vor Bundesgericht: Rechtsstillstand, Art. 46 Abs. 1 BGG gilt (Ausnahme Wechselbetreuung, BGE 137 III 94 E. 1.3)

9

www.sjwz.ch

9

Untersuchungsmaxime (I)

- Ermittlung des Sachverhalts von Amtes wegen (Art. 20a Abs. 2 Ziff. 2 SchKG),
 - soweit rechtserheblich (BGE 123 III 328 E. 2.2; BGer 5A_990/2018 E. 2.2; 5A_680/2019 E. 2.3.2):
 - AB darf nicht bloss abwarten, ob die Parteien Instruktionsmassnahmen verlangen oder ob sie von sich aus geeignete Beweise beibringen;
 - Vollständige Akteneinholung (BGer 5A_224/2013 E. 2.2)
- Obliegenheit zur zumutbaren und notwendigen Mitwirkung der Parteien (Art. 20a Abs. 2 Ziff. 2 SchKG)
- Verfassungsmässiges Replikrecht (BGE 142 III 234 E. 2.2)
- Folgen der Beweislosigkeit: Art. 8 ZGB (BGer 5A_680/2019 E. 2.3.2)

10

www.sjwz.ch

10

Untersuchungsmaxime (II)

- Vor Bundesgericht: Art. 97 Abs. 1 BGG
- Rüge der Verletzung der bundesrechtlichen Prozessmaxime
 - Der Beschwerdeführer muss vor Bundesgericht im Einzelnen aufzeigen, welche Aktenstücke die Vorinstanz hätte beiziehen müssen und welche Tatsachenvorbringen übergangen worden sein sollen, welchen Sachverhalt sie hätte erstellen müssen und inwiefern die angeblich übergangenen Tatsachenvorbringen geeignet gewesen wären, das vorinstanzliche Urteil zu beeinflussen (BGer 5A_990/2018 E. 2.2)
 - Geltung vor der oberen AB (Gilliéron, Comm. LP, Art. 20a N 38; BSK SchKG-Cometta/Möckli, Art. 20a N 8)
 - Beweislastregel (wie freie Beweiswürdigung, Art. 20a Abs. 2 Ziff. 3 SchKG)
- Rüge der Verletzung des rechtlichen Gehörs (Art. 29 Abs. 2 BV)

11

www.sjwz.ch

11

Ermessen

- Rüge der Unangemessenheit, Art. 17 Abs. 1 SchKG
- Bei zweistufiger Organisation auch vor der oberen Aufsichtsbehörde (BGer 5A_869/2017 E. 3.3.3)
- Vor Bundesgericht:
 - Gesetzwidrige Ermessensbetätigung als Verletzung von Bundesrecht (BGE 134 III 323 E. 2)
 - Unzulässige Einschränkung der Prüfungsbefugnis durch die AB ist Gesetzesverletzung:

„Die Dienststelle Mittelland überschreitet deshalb ihr Ermessen nicht, wenn sie den Grundbetrag - im Einklang mit den Richtlinien - auf CHF 850.00 reduziert.“ (AB Kt. BE, ABS 21 314, 10.12.2021, E. 9)

12

www.sjwz.ch

12

Verhandlungsmaxime

- Aufsichtsbehörde (Art. 20a Abs. 2 Ziff. 3 SchKG)
 - neue Anträge, die vor der Aufsichtsbehörde nach Ablauf der Beschwerdefrist gestellt werden, sind unzulässig
 - Replikrecht erlaubt keine Ausnahme (BGE 142 III 234 E. 2)
 - Unter Vorbehalt der Nichtigkeit, Art. 22 SchKG (Offizialmaxime)
- Bundesgericht
 - Rüge der Verletzung der bundesrechtlichen Prozessmaxime (BGE 142 III 234 E. 2)
 - Gesetzswidrige Ermessensbetätigung (BGE 136 III 636 E. 3)
 - Ausschliessliche Bindung an Anträge (Art. 107 Abs. 1 BGG)
 - Nichtigkeit: Nur Rüge der Gesetzesverletzung (BGE 135 III 46 E. 4.2)

13

www.sjwz.ch

13

Kantonales Verfahrensrecht

- Unter Vorbehalt der bundesrechtlichen Vorschriften regeln die Kantone das Verfahren (Art. 20a Abs. 3 SchKG)
- Noven (BGer 5A_1030/2019 E. 3.3)
 - ZPO als kantonales Recht, Art. 326 ZPO mit Novenverbot
 - Neue Vorbringen und Beweise sind trotz des einschlägigen Novenverbots zulässig, soweit die Noven die Nichtigkeit (Art. 22 SchKG) der angefochtenen Verfügung zur Folge hätten (bestätigend AB Kt. ZH, PS200037, 27.5.2020, E. 4.3)
- Revision (BGer 5A_782/2018 E. 3.2.3)
 - Gutheissung: Neuer Entscheid der Aufsichtsbehörde gemäss Art. 17/18 SchKG (BGer 5A_324/2015 E. 3.3)
 - Abweisung: Entscheid nach kantonalem Recht

14

www.sjwz.ch

14

Aufschiebende Wirkung (I)

- Im Beschwerdeverfahren: Art. 36 SchKG
 - Aufsichtsbehörde entscheidet grundsätzlich nur auf Antrag
 - Interessenabwägung, nicht (leicht) reversible Vorkehrungen, Erfolgsaussichten der Beschwerde (BGer 5A_266/2020 E. 5.1.1)
 - Begründungspflicht (BGer 5A_266/2020 E. 4)
- Anfechtung vor der oberen Aufsichtsbehörde (Art. 18 SchKG) jedenfalls, wenn ein nicht wiedergutzumachender Nachteil im Sinne Art. 93 Abs. 1 lit. b BGG ist (BGer 5A_265/2018 E. 3.3.3)

15

www.sjwz.ch

15

Aufschiebende Wirkung (II)

- Anfechtung des Entscheides (Art. 36 SchKG) vor Bundesgericht, wenn ein nicht wiedergutzumachender Nachteil möglich ist (Art. 93 Abs. 1 lit. b BGG)
- “La pratique du Tribunal fédéral est d’entrer en matière sur un recours dirigé contre un refus d’effet suspensif contre une décision d’exécution forcée“ (BGer 5A_266/2020 E. 2.1)
- Bundesgericht beurteilt den Entscheid (Art. 36 SchKG) nur unter Willkürgesichtspunkten (Art. 98 BGG) (BGer 5A_266/2020 E. 3)

16

www.sjwz.ch

16

Aufschiebende Wirkung (III)

- Im bundesgerichtlichen Verfahren: Art. 103 Abs. 1 und 3 BGG
 - Bundesgericht entscheidet grundsätzlich nur auf Antrag
 - Prozessaussichten und Interessenabwägung
- Gewährung der aufschiebenden Wirkung, allgemeine Wirkung:
 - Wirkung ex tunc (wenn nichts anderes angeordnet wird), d.h. von dem Zeitpunkt an, in welchem die angefochtene Verfügung oder Entscheidung erlassen worden ist (BGer 5A_968/2015 E. 3.1; 5A_187/2011 E. 5.2)
 - Vor Gewährung gültige erlassene Verfügungen werden in ihrer Wirkung lediglich gehemmt; Wegfall der Hemmung mit negativem Rechtsmittelentscheid (BGer 5A_77/2021 E. 3.4)

17

www.sjwz.ch

17

Prozesskosten (I)

- Im kantonalen Verfahren (Art. 20a Abs. 2 Ziff. 5 SchKG; Art. 62 Abs. 2 GebV SchKG)
 - Kostenlosigkeit
 - keine Parteientschädigung
- Unentgeltliche Rechtspflege (Rechtsbeistand), Minimalgarantie gemäss Art. 29 Abs. 3 BV
- Kostenfolge bei Mut- und Böswilligkeit (Art. 20a Abs. 2 Ziff. 5 SchKG)
 - mit strengem Massstab: Umstand der Rechtskundigkeit und die Fähigkeit zur realistischen Einschätzung der Prozesschancen genügt nicht (BGer 5A_937/2020 E. 4.2)

18

www.sjwz.ch

18

Prozesskosten (II)

- Im bundesgerichtlichen Verfahren: Art. 62-68 BGG
- Kostenvorschuss/Gerichtskosten „nicht zu grosse Differenz“ zum kostenlosen kantonalen Verfahren, BGer 5A_306/2015 E. 4.2
 - Unentgeltliche Rechtspflege, Art. 64 Abs. 1 BGG
- Unterliegende Partei wird kosten- und entschädigungspflichtig, Art. 66 Abs. 1, Art. 68 Abs. 1 BGG
 - Wer sich mit eigenen Anträgen am Verfahren beteiligt (BGer 5A_306/2015 E. 4.1)
 - Trotz Verzicht auf Stellungnahme und Antrag?
Praxis nicht gefestigt (bejaht: BGer 5A_35/2015 E. 6; verneint: BGer 5A_252/2019 E. 3; 5A_244/2009 E. 4)

19

www.sjwz.ch

19

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Marco Levante

20

www.sjwz.ch

20

Unterlagen Referierende

Teil 2: Unterlagen Daniel Hunkeler

Einleitung

Teil 3: Unterlagen Thomas Engler

Neuere Entscheide des Obergerichts des Kantons Zürich (und des Bundesgerichts) zur Zwangsvollstreckung

Teil 4: Unterlagen Marco Levante

Entscheide der SchKG-Aufsichtsbehörden – Beachtenswertes zur Anfechtung vor Bundesgericht

Teil 5: Unterlagen Eva Bachofner

Insolvente Mieter:innen: Besondere Rechts-Instrumente für die Vermieterin- und Abwehrmöglichkeiten des Mieters Verbotsrechte und Rechtsdurchsetzung

Teil 6: Unterlagen Franco Lorandi

Potpurri ausgewählter praktischer Fragen zum Zwangsvollstreckungsrecht

Unterlagen Referierende

Teil 2: Unterlagen Daniel Hunkeler

Einleitung

Teil 3: Unterlagen Thomas Engler

Neuere Entscheide des Obergerichts des Kantons Zürich (und des Bundesgerichts) zur Zwangsvollstreckung

Teil 4: Unterlagen Marco Levante

Entscheide der SchKG-Aufsichtsbehörden – Beachtenswertes zur Anfechtung vor Bundesgericht

Teil 5: Unterlagen Eva Bachofner

Insolvente Mieter:innen: Besondere Rechts-Instrumente für die Vermieterin- und Abwehrmöglichkeiten des Mieters Verbotsrechte und Rechtsdurchsetzung

Teil 6: Unterlagen Franco Lorandi

Potpurri ausgewählter praktischer Fragen zum Zwangsvollstreckungsrecht